



Regierungsratsbeschluss vom 25. Juni 2019

Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK; Totalrevision der Verordnung des UVEK vom 20. Dezember 2017 über Fristen und Beitragsberechnung für Massnahmen im Rahmen des Programms Agglomerationsverkehr (PAvV) bzw. Verordnung des UVEK über das Programm Agglomerationsverkehr (PAVV); Vernehmlassung

P190448

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an das Amt für Raumentwicklung des Bundes.

Begründung

Der Regierungsrat begrüsst im Rahmen seiner Stellungnahme zur entsprechenden Vernehmlassungsvorlage des Bundes, dass alle wesentlichen Aspekte des Programms Agglomerationsverkehr auf Verordnungsstufe geregelt und damit die Verbindlichkeit und Beständigkeit sichergestellt werden sollen. Er ist auch damit einverstanden, dass sich die Verordnung auf die Bereiche Siedlung und Verkehr beschränkt und damit ein erster Schritt zur Eindämmung des Verwaltungsaufwandes getan wird. Der Regierungsrat fordert die zuständige Bundesbehörde jedoch auf, den Verwaltungsaufwand auf Seiten der Agglomerationen bei der Erarbeitung und Umsetzung der Agglomerationsprogramme noch weiter zu reduzieren.

